

Lukas Schaub

Dr. iur.

Die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskämpfen

**Ein Beitrag zum demokratischen Diskurs
und zur politischen Chancengleichheit**

DIKE

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XXI
Materialienverzeichnis	LXVII
Abkürzungsverzeichnis	LXXI
1 Einleitung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Gang der Untersuchung	5
2 Begriff, Wirkung und Wirkungsweise politischer Werbung	7
2.1 Der Polirikbegriff	7
2.2 Politische Kommunikation	9
2.2.1 Politische Kommunikation als Forschungsfeld	9
2.2.2 Der Begriff der politischen Kommunikation	9
2.2.3 Die Medialisierung der Politik	11
2.2.3.1 Extension: Erweiterung der Kommunikationsfähigkeit	11
2.2.3.2 Mediale Substitution der Politik	13
2.2.3.3 Amalgamation: Verwebung von Medien und Politik	14
2.2.3.4 Akkommodation: Anpassung an die Medienlogik	16
2.2.4 Finanzielle Auswirkungen der Medialisierung auf die politische Werbung	18
2.2.5 Wechselwähler und politische Werbung	21
2.2.6 «Amerikanisierung» des Wahl- und Abstimmungskampfes in der Schweiz?	22
2.2.6.1 Der Begriff der «Amerikanisierung»	22
2.2.6.2 Amerikanisierungstendenzen in der Schweiz	23
2.2.6.2.1 Professionalisierung und Zentralisierung	23
2.2.6.2.2 Personalisierung und negative campaigning	26
2.2.6.2.3 Medienwirkung durch aktives Themenmanagement	27
2.2.6.2.3.1 Themen gewinnen Stimmen: agenda setting	27
2.2.6.2.3.2 Medien wirken über die Strukturierung von Realität	30
2.2.6.2.3.3 Themensetzung im medialen Raum	31
2.2.6.2.3.3.1 Themensetzung im redaktionellen medialen Raum	31
2.2.6.2.3.3.2 Themensetzung im bezahlten medialen Raum	34
2.2.6.3 «Amerikanisierung» als Folge medialisierter Politik und Ursache steigender Kapitalintensität der politischen Auseinandersetzung	36

2.3 Politische Werbung: eine Begriffsannäherung	38
2.3.1 Gemeinsamkeiten politischer und kommerzieller Werbung	38
2.3.2 Politische Werbung ist mehr als das Wahlplakat: public relations	41
2.3.2.1 Der Begriff der public relations	41
2.3.2.2 Werbung ist public relations ist Werbung	43
3 Sind Wahlen und Abstimmungen käuflich?	46
3.1 Vorhandenes Problembewusstsein	47
3.2 Zur Käuflichkeit von Abstimmungen	50
3.2.1 Der rationale Citizen als realitätsfremde Idealvorstellung?	51
3.2.1.1 Mangelnde Kompetenz des Stimmbürgers als ursprünglicher Kritikpunkt an direktdemokratischen Entscheidungsverfahren	51
3.2.1.2 Stand der Forschung	54
3.2.1.3 Ursachen stimmbürgerlicher Überforderung	55
3.2.1.4 Vertrauen als komplexitätsreduzierender Faktor stimmbürgerlicher Willensbildung	55
3.2.1.5 Die Bedeutung von paid media für den heuristisch entscheidenden Stimmbürger	57
3.2.2 Wann bildet sich der Stimmbürger seine Meinung?	59
3.2.3 Stand der Forschung	60
3.2.3.1 Die These vom käuflichen Abstimmungserfolg nach Hertig	60
3.2.3.2 Kritik an Hertigs These der käuflichen Abstimmung	61
3.2.3.2.1 Fehlender Kausalzusammenhang und empirische Mängel	61
3.2.3.2.2 Vernachlässigung qualitativer Aspekte	61
3.2.3.3 Variabler Grad der Käuflichkeit und die Bedeutung von agenda setting	64
3.2.3.3.1 Der Dispositionsansatz und die Bedeutung von agenda setting	64
3.2.3.3.2 Differenzierung zwischen Referendum, Initiative und Unsicherheit über den Abstimmungsausgang	68
3.2.4 Exkurs: Stand der Forschung in den USA	69
3.3 Zur Käuflichkeit von Wahlen	74
3.3.1 Unterschiedliche Willensbildung bei Wahlen und Abstimmungen	75
3.3.2 Den Wahlentscheid bestimmende Faktoren	77
3.3.2.1 Das sozialpsychologische Modell	77
3.3.2.2 Themenorientierung auch in der direkten Demokratie	77
3.3.3 Einflussmöglichkeiten einer Wahlkampagne	79
3.3.3.1 Agenda setting Effekte auf Themen- und Kandidatenorientierung	79
3.3.3.2 Die Bedeutung des Wahlsystems	80
3.3.4 Stand der Forschung	81
3.4 Fazit: Geld allein reicht nicht, aber es hilft	84

3.5	Zur Relevanz des Käuflichkeitsnachweises von Wahlen und Abstimmungen	87
3.5.1	Legitimationsverlust von Urnengängen unabhängig eines Käuflichkeitsnachweises	88
3.5.2	Die Parallele zur Garantie einer unparteilichen Entscheidbehörde	90
4	Die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen und das Konzept deliberativer Demokratie	93
4.1	Deliberative Demokratie: eine Annäherung	93
4.1.1	Zur Unbestimmtheit des Demokratiebegriffs	93
4.1.2	Vom Nutzen demokratischer Theorien	94
4.1.3	Traditioneller Dualismus der Demokratietheorien	96
4.1.3.1	Grundzüge der republikanischen Demokratietheorie	97
4.1.3.1.1	Rousseaus Republik der Tugend	97
4.1.3.1.2	Elemente einer republikanischen Demokratietheorie	100
4.1.3.2	Grundzüge der liberalen Demokratietheorie	102
4.1.3.2.1	Lockes Staat der Eigentümer	102
4.1.3.2.2	Elemente einer liberalen Demokratietheorie	104
4.1.4	Die deliberative Demokratietheorie	105
4.1.4.1	Deliberation als Trennung von Foren und Märkten	106
4.1.4.2	Allgemeine Leistungen deliberativer Demokratie	109
4.1.4.3	Zur gesteigerten Gemeinwohlorientierung deliberativ gewonnener Entscheide	109
4.1.4.4	Elemente der deliberativen Demokratietheorie nach Habermas	111
4.1.4.4.1	Die Diskurstheorie als Ausgangspunkt	113
4.1.4.4.2	Intersubjektiver Konsens als Massstab für legitime demokratische Entscheide	114
4.1.4.4.3	Anforderungen an deliberative Verfahren: Symmetrie argumentativer Artikulationschancen	116
4.1.4.4.4	Deliberation als Förderung demokratischer Offenheit	121
4.1.4.4.5	Die deliberative Demokratie als Demokratie der Mitte	124
4.1.4.4.6	Deliberative und direkte Demokratie	127
4.1.4.4.6.1	Rückbindung des politischen Zentrums an die Öffentlichkeit	127
4.1.4.4.6.2	Institutionelle Rückbindung des politischen Zentrums an die Öffentlichkeit durch direktdemokratische Mitsprache	129
4.2	Deliberative Forderungen an die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskämpfen	132
4.2.1	Wahlen und Abstimmungen als (eingeschränkte) Diskurse	132
4.2.2	Gleichberechtigter Zugang zur medialen Öffentlichkeit als deliberatives Postulat	136
4.2.3	Unterschiedliche Finanzkraft als Ursache ungleicher Zugangschancen in die mediale Öffentlichkeit	138

4.2.4	Bestehende Regulierungsansätze und ihre Defizite	140
4.2.4.1	Rechtlich abgesicherter, gleichberechtigter Zugang im Rundfunkbereich	140
4.2.4.2	Kein rechtlich abgesicherter, gleichberechtigter Zugang im Pressebereich	141
4.2.5	Ausgabenbeschränkungen und staatliche Unterstützung als passende Regulierungsansätze im Pressebereich	144
4.2.6	Transparenz als deliberatives Postulat	149
4.2.6.1	Intransparenz als Diskurshindernis	149
4.2.6.2	Bestehende Regulierungsansätze und ihre Defizite	151
4.3	Regulierung des Inhalts politischer Kommunikation als deliberative Forderung?	152
4.3.1	Keine inhaltlichen Beschränkungen politischer Kommunikation zur Steigerung der Diskursqualität	153
4.3.1.1	Qualifizierter Schutz politischer Meinungsäußerungen	153
4.3.1.2	Keine spezifischen inhaltlichen Beschränkungen für Meinungsäußerungen in Wahl- und Abstimmungskämpfen	154
4.3.1.3	Symmetrie der Artikulationschancen als Korrektiv für fehlende inhaltliche Beschränkungen von Meinungsäußerungen in Wahl- und Abstimmungskämpfen	15
		8
4.3.2	Die Problematik «politischer Lauterkeit» am Beispiel der Initiative Stamm	160
4.4	Exkurs: Die Metapher des «marketplace of ideas» und ihre Bezüge zur deliberativen Entscheidungsfindung	162
5	Die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen und die individuelle politische Chancengleichheit	166
5.1	Zwischen Gleichheit und Freiheit: die Idee der Chancengleichheit	166
5.1.1	Chancengleichheit als Möglichkeit effektiver Teilnahme am Wettbewerb	166
5.1.2	Chancengleichheit als Sicherstellung von Wettbewerbsfunktionen	172
5.2	Die allgemeine Chancengleichheit im geltenden Verfassungsrecht	173
5.2.1	Chancengleichheit als Staatszielbestimmung	173
5.2.2	Chancengleichheit als Ausdruck wirklichkeitsbezogener Grundrechtskonkretisierung	175
5.2.2.1	Chancengleichheit und grundrechtliche Schutzpflichten	175
5.2.2.2	Mangelnde Justiziabilität grundrechtlicher Schutzpflichten: der Regelfall und seine Ursachen	177
5.2.3	Chancengleichheit und ihre Bezüge zur Rechtsgleichheit	180
5.2.3.1	Der allgemeine Gleichheitssatz als Ausdruck materieller Gerechtigkeit	180
5.2.3.2	Das (programmatische) Egalisierungsgebot	182
5.3	Chancengleichheit als normativer Kern des Grundrechtsschutzes in kompetitiv strukturierten Lebensbereichen	185
5.3.1	Spezifische grundrechtliche Erscheinungsformen und gesteigerte Justiziabilität der Chancengleichheit in kompetitiven Lebensbereichen	185

5.3.2	Grundrechtliche Schutzpflichten zur Schaffung von Chancengleichheit unter Privaten	186
5.4	Chancengleichheit im diskursiven und nicht diskursiven Wettbewerb	188
5.4.1	Vorbemerkung: Diskurs und Wettbewerb als Widerspruch?	188
5.4.2	Der Anspruch auf Waffengleichheit im Verfahren der Rechtsanwendung	190
5.4.2.1	Chancengleiche Teilnahme am Verfahren als Individualrecht und Instrument gesteigerter Entscheidungsqualität	190
5.4.2.2	Verwaltungs- und Gerichtsverfahren als diskursive Verfahren	193
5.4.2.3	Exkurs: Der juristische Diskurs als Sonderfall des praktischen Diskurses	195
5.4.3	Der Anspruch auf Chancengleichheit im wirtschaftlichen Wettbewerb	196
5.4.3.1	Chancengleiche Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb als Individualrecht und Instrument funktionierender Wettbewerbswirtschaft	197
5.4.3.2	Die nicht diskursive Struktur wirtschaftlicher Prozesse	199
5.4.3.2.1	Nur beschränkte Neutralisierung wirtschaftlicher Machtgefälle unter Konkurrenten	199
5.4.3.2.2	Nur beschränkte Neutralisierung wirtschaftlicher Machtgefälle unter Vertragspartnern	202
5.4.3.2.3	Verhandlung statt Diskurs als Interaktionsform im wirtschaftlichen Lebensbereich	203
5.4.3.2.4	Effizienz als Rechtfertigung der Beeinträchtigung wirtschaftlicher Chancengleichheit	204
5.4.3.2.5	Plutokratische Grundstruktur der Willensbildung in wirtschaftlichen Körperschaften	206
5.4.3.2.6	Vorbehalt der diskursiven Absicherung eines nicht diskursiven Wirtschaftssystems	208
5.5	Politische Gleichheit als Chancengleichheit	209
5.5.1	Wettbewerb in der demokratischen Auseinandersetzung	209
5.5.2	Politische Chancengleichheit als gleiche politische Teilhabe	211
5.5.3	Geltungsbereich der politischen Chancengleichheit	212
5.5.4	Dezisionale und kommunikative politische Chancengleichheit	213
5.5.5	Förderung der Argumentationskompetenz als stete Grundaufgabe deliberativer Demokratie	215
5.5.6	Stimmen werden gezählt, Argumente gewichtet	216
5.5.7	Exkurs: Diskursive Demokratie, Mehrheitsentscheid und Grundrechte	218
5.5.8	Verfassungsrechtliche Verankerung der politischen Chancengleichheit	222
5.6	Die politische Chancengleichheit und ihr Bezug zur Menschenwürde	222
5.6.1	Politische Teilhabe als Ausfluss der Menschenwürde	223
5.6.2	Gleiche politische Teilhabe als Ausdruck der Menschenwürde	226
5.6.3	Politische Chancengleichheit und das Problem der Betroffenheit	228
5.6.3.1	Die Idee der Betroffenenendemokratie	228
5.6.3.2	Praktische Schwierigkeiten der Betroffenenendemokratie	229
5.6.4	Verfahrensgrundrechte als Fortsetzung politischer Chancengleichheit	231
5.6.4.1	Rechtsanwendung als demokratischer Prozess	231
5.6.4.2	Beschränkung auf kommunikative Chancengleichheit im Prozess der Rechtsanwendung	232

5.6.5	Rechtsfolgen der Verletzung der verfahrensrechtlichen und der politischen Chancengleichheit und ihr Bezug zur Menschenwürde	234
5.6.5.1	Die formelle Natur der verfahrensrechtlichen Chancengleichheit als Ausdruck der Menschenwürde	234
5.6.5.2	Keine formelle Natur der politischen Chancengleichheit im Falle leichter, nicht kausaler Verletzungen	235
5.6.5.3	Formelle Natur der politischen Chancengleichheit im Falle ihrer schweren Verletzung als Ausdruck der Menschenwürde	237
5.7	Die politische Gleichheit als strenge Chancengleichheit	239
5.7.1	Die Differenzierungsfeindlichkeit der politischen Gleichheit	239
5.7.2	Zur Begründung der politischen Gleichheit als strenge Chancengleichheit	239
5.7.2.1	Die politische Gleichheit als historischer Ursprung der allgemeinen Rechtsgleichheit	239
5.7.2.2	Strenge politische Chancengleichheit als Ausdruck der Menschenwürde	243
5.7.2.3	Strenge politische Chancengleichheit als Ausdruck eines grundrechtsspezifischen Differenzierungsverbotes	246
5.7.2.4	Zur Begründung der wirtschaftlichen Gleichheit als relative Chancengleichheit	247
5.7.2.5	Strenge politische Gleichheit als Ausdruck der diskursiven Natur von Wahlen und Abstimmungen	249
5.7.3	Exkurs: Der «faire Wert» gleicher politischer Grundfreiheiten bei Rawls	250
5.8	Das Recht auf politische Chancengleichheit: ein Individual- und Gruppenrecht	254
5.8.1	Die Bedeutung kollektiver Wahrnehmung politischer Freiheit	254
5.8.2	Die Grosse politischer Gruppierungen und die kommunikative Chancengleichheit	257
5.8.2.1	Das Konzept der abgestuften Chancengleichheit auf der Grundlage einer liberalen Deutung kommunikativer Chancengleichheit	259
5.8.2.2	Schwächen des Konzepts einer abgestuften Chancengleichheit	261
5.8.2.3	Die Haltung des Bundesgerichts	264
5.9	Exkurs: Zur nicht finanziell begründeten politischen Chancenungleichheit	267
5.9.1	Geld als leicht quantifizierbare, strukturell ungleich verteilte Ressource	268
5.9.2	Geld als grundsätzlich illegitime politische Ressource	270
6	Die politische Chancengleichheit im geltenden Recht	274
6.1	Die Garantie der politischen Chancengleichheit als Teilgehalt der Garantie der politischen Rechte nach Art. 34 BV	275
6.1.1	Der Nachführungscharakter von Art. 34 BV	275
6.1.2	Zur Systematik von Art. 34 BV	276
6.1.3	Art. 34 BV als Minimalstandard politischer Verfahren	277
6.1.3.1	Die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen Verfahrensgrundrechten und politischen Rechten	277
6.1.3.2	Die politischen Rechte nach Art. 34 BV als Minimalgarantie	279

6.1.4	Die Minimalgarantie effektiver demokratischer Partizipation nach Art. 34 BV	282
6.1.4.1	Art. 51 Abs. 1 BV als Konkretisierung der Minimalgarantie in institutioneller Hinsicht	283
6.1.4.2	Die Garantie politischer Chancengleichheit	286
6.1.4.3	Die Garantie von Transparenz im diskursiven Wettbewerb	286
6.1.4.4	Schutz der unverfälschten Willenskundgabe der Stimmenden	288
6.1.4.4.1	Die Einheit der Materie	288
6.1.4.4.2	Geheime Stimmabgabe	289
6.1.4.4.3	Faktische Möglichkeit der Stimmabgabe	290
6.1.4.4.4	Korrekte Ermittlung des Ergebnisses	291
6.1.5	Der abstrakte Schutz politischer Rechte nach Art. 34 BV	292
6.2	Der Anspruch auf dezisionale Chancengleichheit	294
6.2.1	Das allgemeine Stimm- und Wahlrecht	295
6.2.2	Das gleiche Stimm- und Wahlrecht	298
6.2.2.1	Die Zählwertgleichheit	298
6.2.2.2	Die Stimmkraftgleichheit	299
6.2.2.3	Die Erfolgswertgleichheit	300
6.3	Der Anspruch auf kommunikative Chancengleichheit	302
6.3.1	Der Schutz kommunikativer Chancengleichheit vor staatlicher Beeinträchtigung	303
6.3.1.1	Der Schutz kommunikativer Chancengleichheit bei der Abgabe von staatlichen Grundlageninformationen	303
6.3.1.1.1	Rechtzeitige Ankündigung des Urnengangs	304
6.3.1.1.2	Ausgewogenheit der Abstimmungserläuterungen	304
6.3.1.1.3	Klare und korrekte Fragestellung	307
6.3.1.2	Der Schutz kommunikativer Chancengleichheit vor staatlicher politischer Werbung	308
6.3.1.2.1	Staatliche Teilnahme am Abstimmungskampf: Vom Interventionsverbot zum begrenzten Eingriffsrecht	309
6.3.1.2.2	Begriff, Legitimation und Grenzen staatlicher politischer Werbung	310
6.3.1.2.3	Der verbotene Einsatz unverhältnismässig hoher Finanzmittel	313
6.3.1.2.4	Die Ausgaben anderer politischer Akteure als Massstab zur Sicherung der Chancengleichheit	314
6.3.1.2.5	Massgeblichkeit der effektiven Kosten des Gemeinwesens	315
6.3.1.2.6	Keine Verletzung der Chancengleichheit aufgrund eines Autoritätsbonus	316
6.3.1.2.7	Interventionsverbot bei Wahlen	317
6.3.1.3	Fazit: Keine finanziell begründete Chancenungleichheit	318
6.3.2	Der Schutz kommunikativer Chancengleichheit vor staatlich vermittelter privater politischer Kommunikation	319
6.3.2.1	Die Gewährleistung kommunikativer Chancengleichheit auf öffentlichem Grund	319

6.3.2.1.1	Der Grundsatz strikter Gleichbehandlung bei der Nutzung öffentlichen Grundes für private politische Kommunikation	319
6.3.2.1.2	Gleichberechtigte Plakatierung auf öffentlichem Grund	320
6.3.2.2	Die Gewährleistung kommunikativer Chancengleichheit im Rundfunk	322
6.3.2.2.1	Das Verbot politischer Werbung in Radio und Fernsehen	322
6.3.2.2.2	Das Vielfaltsgebot in der redaktionellen Berichterstattung	324
6.3.2.2.3	Das Recht auf Antenne im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen	327
6.3.2.3	Fazit: Beschränkte Eindämmung finanziell begründeter Chancengleichheit	328
6.3.3	Der Schutz der kommunikativen Chancengleichheit vor privater Beeinträchtigung	328
6.3.3.1	Aufhebung eines Urnengangs aufgrund einer privaten Intervention	328
6.3.3.2	Eingeschränkte Gestaltungsfreiheit bei der Formulierung von Initiativtiteln	329
6.3.3.3	Ausdehnung des Grundsatzes kommunikativer Chancengleichheit auf Plakatierung auf Privatgrund	330
6.3.3.4	Anspruch auf Zugang zu privaten Medien	331
6.3.3.4.1	Kontrahierungszwang	331
6.3.3.4.2	Gegendarstellungsrecht	332
6.3.3.5	Fazit: Keine Eindämmung finanziell begründeter Chancengleichheit	333
7	Fehlendes Bewusstsein für die Wahl- und Abstimmungsfreiheit als Garant diskursiven Wettbewerbs und Chancengleichheit unter Privaten als Ursache von Regulierungsdefiziten	335
8	«Money talks, but is it speech?»	340
9	Zu den Schutzfunktionen der Grundrechte freier Kommunikation	344
9.1	Die duale Schutzfunktion der Grundrechte freier Kommunikation	344
9.1.1	Die individuelle Schutzfunktion	345
9.1.2	Die demokratische Schutzfunktion	347
9.2	Zum gegenseitigen Verhältnis der beiden Schutzfunktionen	350
9.3	Exkurs: Zu den Grenzen einer demokratischen Deutung von Grundrechten	353

10	Die demokratische Ausrichtung der Wahl- und Abstimmungs- freiheit	357
11	Die Wahl- und Abstimmungsfreiheit als Garant strenger kommunikativer Chancengleichheit zwischen Privaten	361
11.1	Zu einer teleologischen Bestimmung des Schutzbereiches der Wahl- und Abstimmungsfreiheit	361
11.2	Die Wahl- und Abstimmungsfreiheit als Minimalgarantie in Verfahren institutionalisierter demokratischer Entscheidungsfindung	368
11.3	Kommunikative Chancengleichheit als grundrechtsbeschränkendes Inte- resse	372
12	Der zeitliche Schutzbereich der Wahl- und Abstimmungs- freiheit	373
12.1	Gegenstand eines Urnengangs steht noch nicht genau fest	374
12.2	Gegenstand eines Urnengangs steht fest	375
12.3	Anlehnung an den zeitlichen Geltungsbereich des Verbots politischer Wer- bung nach RTVG	376
12.4	Der zeitliche Schutzbereich der Wahlfreiheit	377
12.5	Das ungelöste Problem von Langzeitkampagnen	377
13	Mögliche Regulierungsansätze	381
13.1	Offenlegungsvorschriften	381
13.1.1	Zur Begründung von Offenlegungsvorschriften	3 81
13.1.2	Zur Verfassungskonformität von Offenlegungsbestimmungen	382
13.1.2.1	Kein Eingriff in die Grundrechte freier Kommunikation	382
13.1.2.2	Offenlegungsbestimmungen als Eingriff in die Grundrechte freier Kommunikation	382
13.1.2.2.1	Vereinbarkeit von Offenlegungsbestimmungen mit der Vereinigungsfreiheit	383
13.1.2.2.2	Vereinbarkeit von Offenlegungsbestimmungen mit der Meinungsäusserungsfreiheit und dem Stimmge- heimnis der Spender	385
13.1.3	Die Haltung des Bundesgerichts	389
13.1.4	Politische Vorstösse auf Bundesebene	389
13.1.4.1	Das Reformpaket Volksrechte	390
13.1.4.2	Parlamentarische Initiative Gross: Offenlegung höherer Beiträ- ge in Abstimmungskampagnen	391
13.1.5	Bestehende kantonale Regelungen	392
13.1.5.1	Kanton Tessin	393
13.1.5.2	Kanton Genf	394

13.2 Ausgabenbeschränkungen	395
13.2.1 Zur Begründung von Ausgabenbeschränkungen	395
13.2.2 Zur Verfassungskonformität von Ausgabenbeschränkungen	396
13.2.2.1 Kein Eingriff in die Grundrechte freier Kommunikation	396
13.2.2.2 Ausgabenbegrenzungen als Eingriff in die Grundrechte freier Kommunikation	396
13.2.3 Die Haltung des Bundesgerichts	402
13.2.4 Politische Vorstösse auf Bundesebene	403
13.2.4.1 Parlamentarische Initiative Bonhöte: Begrenzung der Ausgaben für Wahlen	403
13.2.4.2 Teiländerung des BPR	404
13.3 Staatliche Leistungen an politische Akteure	404
13.4 Zu den pragmatischen Einwänden	406
13.4.1 Zu den Kosten einer Regulierung	408
13.4.2 Zum Umgehungsargument	409
13.4.3 Zur Sanktionsproblematik	411
14 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	415
Sachregister	419